



Foto: Michael Matejka



Foto: Michael Matthey/dpa



Foto: Robin Walter

Drei Polit-„Oldies“, die nicht anders können, als sich angesichts zunehmender rechtsradikaler Tendenzen im Land zu Wort zu melden (v.l.): Herrmann Imhof, Renate Schmidt und Brigitte Wellhöfer waren Teil der Podiumsdiskussion im Presseclub.

Pakt gegen Ultrarechts

Diskussion | „Wir haben geschlafen“: Was man nun gegen den Aufschwung der AfD tun kann.

VON HANS BÖLLER

NÜRNBERG – Eine Partei, die Inklusion als Ideologie bezeichnet: Damit, sagt Hermann Imhof, „ist man nahe an der Euthanasie“. Die Vorstellung ist entsetzlich. Aber 20 Prozent der Deutschen würden derzeit diese Partei, die AfD, wählen, eine Partei, deren Vorsitzende die Befreiung Deutschlands vom Nazi-Morden eine „Niederlage des eigenen Landes“ nennt. Ist es schon so weit?

„Schleichend Normalität“, sagt Renate Schmidt, sei die AfD geworden, eine „vergleichsweise unauffällige Etablierung“ in Parlamenten könnte die Folge sein. „Wir haben“, sagt Günter Gloser, „schlafwandlerisch zugehört, wie die AfD mehr Menschen erreicht“. Und jetzt, noch eine entsetzliche Vorstellung, ist es zu spät?

„Keine Normalität für Rechtsextremismus“, so lautete der Titel einer Podiumsdiskussion mit der Ex-Bundesministerin Schmidt, dem Ex-Staatsminister Gloser (beide SPD), dem Ex-Landtagsabgeordneten Imhof (CSU), Brigitte Wellhöfer, der Ex-Fraktionsvorsitzenden der Grünen im Nürnberger Stadtrat und Wolf Maser, Schatzmeister der FDP Nürnberg. Das Thema bewegt: Der Saal des Presseclubs war, am letzten warmen Sommerabend, voll besetzt.

Fünf „Oldies“, wie Schmidt sagt, die keine Rücksicht nehmen müssen auf Empfindlichkeiten des Wahlkampfes und die sich eine Spur Gelassenheit angeeignet haben. Aber Politiker haben nie ein „Ex“ vor dieser Bezeichnung stehen, aufrechte Demokraten erst recht nicht – ganz besonders nicht, wenn es um die wachsende Zahl der Ex-Demokraten im Land geht. Und, nein, es ist nicht zu spät. Der AfD genügt es, dagegen zu

sein. Gegen Europa, gegen Ausländer, gegen Inklusion, gegen Klimaschutz. Aber die Menschen, glaubt Renate Schmidt, „haben Sehnsucht nach positiven Zielen“, nach „einem Dafür“, parteiübergreifend. Auch die CSU setzt sich für eine lebenswerte Umwelt ein, und auch die FDP für soziale Gerechtigkeit. Nur, überlegt Schmidt, „wir verzetteln uns dabei in Unterpunkten“ – und die Ultrarechten entwickeln daraus die Parole, dass Demokratie nicht funktioniert.

Der „Zauberlehrling“ Aiwanger

„Wir machen viel kaputt, wenn wir uns gegenseitig die Kompetenz absprechen“, sagt Gloser – so wie das, zum Beispiel, Markus Söder im Blick auf die Grünen tut. „Selbstverständlich“, sagt Imhof, müsse aber auch eine Koalition mit den Grünen denkbar sein, und „mit seinem Grünen-Bashing“, meint Brigitte Wellhöfer, habe sich der bayerische Ministerpräsident in „eine Situation ohne Ausweg gebracht“, in der er mit Hubert Aiwanger leben muss – mit dem Chef der Freien Wähler, der mit dem Rechtsaußen-Verdacht gegen ihn selbst Politik macht.

Söder, meint Imhof, könnte „böse überrascht werden, wenn sich sein Zauberlehrling weiter ohne Reue und Demut entblättert“. Er verstehe „die schwierige Lage für Söder“, nur: Aiwanger zu entlassen, wäre richtig gewesen, „man muss den Gedanken an die Macht auch zurückstellen können“ (Imhof). Aber Aiwangers wurstig-patziger Umgang mit den Fragen zu jenem faschistoiden Flugblatt aus seinen Schülerzeiten beschert seiner Partei ein Umfrage-Hoch – wobei Renate Schmidt betont, dass sie in den Freien Wählern eine seriöse demokratische Partei sieht.

„Himmelangst“ wird Wolf Maser im Blick auf den breiten rechten Rand, auf AfD-Parolen wie „Abschieben schafft Wohnraum“ – er zeigt ein Foto eines solchen Plakats. Die Menschen, die sich davon angezogen fühlen, „erreichen wir aber nicht, wenn wir ihnen sagen, dass sie eine faschistoide Partei wählen“, sagt Renate Schmidt. „Wir müssen mit ihnen reden“, meint Brigitte Wellhöfer, „sie bei ihrer Einschätzung abholen“, wie Günter Gloser sagt – konkret zeigen, wofür die AfD steht, Punkt für Punkt.

„Entzaubern können wir sie nicht“, fürchtet Maser, aber „enttarnen“, wie Imhof sagt, „wann immer wir Menschen begegnen, die anfällig für AfD-Parolen sind“. „Wenn wir 20 Prozent der Menschen verlieren, haben wir uns zu wenig gekümmert“, erklärt Schmidt – das Wir schließt alle Demokraten ein, insbesondere auch die Medien. „Weniger Katastrophen-Rhetorik, mehr Lösungen“, das wünscht sich Brigitte Wellhöfer von Alexander Jungkunz, dem Chefpublizisten dieses Medienhauses, der die Diskussion feinsinnig moderierte.

Findet Wege, die Menschen in rechten Blasen wieder zu erreichen, so stellt es sich Renate Schmidt vor. Und eine Zuhörerin sagt, dass sie dazu gern beitragen würde. Nur wie? „Ich bitte um eine Plattform für die vielen Leute, die sich privat einsetzen für die Demokratie.“

Schon ein paar Stunden später, nach Mitternacht, trifft eine Mail von Renate Schmidt ein. Mit Wellhöfer, Imhof und Maser wird sie einen „Pakt für Demokratie“ initiieren, einen „ersten Schritt auf kommunaler Ebene“. „Ich mag es gern konkret und gebe mich ungern mit einem ‚Schön, dass wir darüber geredet haben‘ zufrieden“, schreibt sie.